

E 2300 Wien, Archiv-Nr.33

*Le Ministre de Suisse à Vienne, Ch. D. Bourcart,
au Chef du Département politique, F. Calonder*

RP n° 29

Wien, 18. Dezember 1918

Die andauernde Krankheit meiner Mitarbeiter Dr. Benziger und Karl Burckhardt, die neuerliche Erkrankung des Herrn von Grenus und meine viertägige Reise nach Prag in Sachen der Kohlenversorgung Wiens haben mich verhindert Ihnen durch den letzten Kurier einen politischen Bericht zukommen zu lassen, was Sie gütigst entschuldigen wollen.

Von meiner Pragerreise kann ich zunächst melden dass in der Stadt sowohl als auf der durchfahrenen Strecke überall die beste Ruhe und Ordnung herrschten. Die Revolution war in diesem Lande bis in die kleinsten Details so gut vorbereitet, dass auch von Anbeginn alles, die Verwaltung, die Polizei etc. klappte. Nur in den umstrittenen deutsch-böhmischen, slovakischen und polnischen Gebieten entstehen Konflikte und Schiessereien. Ob diese schöne Ordnung und Ruhe lange aufrechtzuerhalten sein wird kann indessen mit Sicherheit noch nicht gesagt werden. Dr. Kramarz, der tschechische Ministerpräsident, ist in dieser Beziehung nicht ganz ohne Sorgen indem wie überall auch in Böhmen der Bolschewismus, der dort speziell von Polen her droht, gewisse Anhänger hat und bei Ordnungsstörungen noch mehr solche gewinnen würde. Aus den Äusserungen sowohl der Minister als von anderer Seite schien mir hervorzugehen, dass die vielleicht übertrieben scheinenden nationalistischen Tendenzen und das schroffe Vorgehen gegen Deutsch-Böhmen und Ungarn zum Teil wohl den Zweck haben mögen, das öffentliche Interesse auf die nationalen Fragen hin und vom Bolschewismus abzulenken. Die lokalen Räte, die sich in den einzelnen Landesteilen gebildet haben und welche oft andere hauptsächlich radikalere Tendenzen verfolgten als die Zentralregierung, sind ohne viele Umstände aufgehoben worden. Der glänzende Empfang, der dem Präsidenten Masaryk bereitet wird (man hat sich z. B. von Wien 10 Hofwagen mit vergoldeten Rädern verschrieben) mag ähnliche Zwecke verfolgen, wenn er auch gleichzeitig der Eitelkeit der Tschechen schmeicheln soll. Mit besonderem Nachdruck und bei jeder Gelegenheit betonte Herr Kramarz die Zugehörigkeit Tschecho-Slovaikiens zur Entente, was besonders im Hinblick auf allfällige zu zahlende Kriegsentschädigungen sehr wohl begreiflich ist. Obschon die Prager Regierung es begreift und begreifen muss, dass sie von den neutralen

Staaten noch nicht anerkannt werden kann, sehnt sie sich sehr nach einer solchen Anerkennung und weist darauf hin, dass sie einem relativ starken und festorganisierten Staate vorsteht und ein ernstes Bollwerk gegen den Bolschewismus darstellt. Mit besonderer Genugtuung erwartet man die baldige Ankunft einer französischen und vielleicht anderer Ententegesandtschaften und die schönsten alten Palais sollen ihnen als Sitz zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir morgen eine Schweizerische Gesandtschaft in Prag errichten wollten, würde uns zweifelsohne auch eines der zahlreichen aristokratischen Palais u.zw. wahrscheinlich unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Wie ich Ihnen schon früher berichtete, ist man übrigens in Prag überzeugt, dass die Deutsch-Böhmen sich schliesslich in ihr Loos schicken werden; von den Industriellen und Arbeitern erwartet man es mit Gewissheit.

Über das Resultat der mir und meinem schwedischen Kollegen durch das diplomatische Korps erteilten Mission¹ referiere ich separat. Dieses Resultat ist das beste was man erwarten konnte; es bringt zwar kaum eine Vermehrung der seit einigen Wochen zur Verfügung stehenden Kohlenmengen, das gänzliche Versagen der Kohlenversorgung und die damit verbundenen unabsehbaren Katastrophen sind aber für ein halbes Jahr abgewendet insofern die Tschechen ihre Versprechen wirklich einhalten. Der Bürgermeister von Wien hofft sogar eine kleine Notreserve anlegen zu können.

Der Erfolg meiner Mission, die Rolle meiner Gesandtschaft und Ihres Departementes bei der Sicherung der italienischen Lebensmittel aus dem Gefangenenlager von Siegmundsherberg für die Bevölkerung Wiens² und neuestens die durch Sie, Herr Bundespräsident, bei Behandlung der Motion Jäger³ im Nationalrat erteilten grosszügigen humanitären Zusicherungen haben dazu beigetragen der Schweiz in Wien gegenwärtig eine ganz besondere Stellung zu sichern. Eine sol-

1. *Par télégramme n° 19 du 7 décembre 1918, le ministre Ch.D. Bourcart a rendu compte au Département politique de l'action commune des représentants des Etats neutres à Vienne: [...].* Corps diplomatique neutre réuni aujourd'hui à Nonciature après avoir entendu exposé du bourgmestre de Vienne décida: Primo. Envoyer délégation auprès Gouvernement tchéquo-slovaque à Prague pour lui représenter situation désespérée ville de Vienne principalement par suite manque de charbon. Ministre de Suisse et ministre de Suède désignés comme délégués. Je sollicite votre approbation télégraphique aussi prompte que possible pour acceptation de cette mission qui ne comporte aucune reconnaissance officielle du Gouvernement tchéquo-slovaque. Deuxièmement. Prier Gouvernements représentés à cette réunion d'insister auprès Gouvernements Entente sur état désespéré approvisionnement de Vienne surtout en charbon. [...] (E 2200 Wien 9/1).

Le Département politique donna son approbation par le télégramme no 86 du 9 décembre, reçu à Vienne le 11 décembre, ibidem.

2. *Grâce à l'entremise de la Légation de Suisse à Vienne le Gouvernement italien avait accepté, après de longues négociations, de céder à la ville de Vienne les colis primitivement destinés aux prisonniers italiens, qui avaient été rapatriés entre-temps, cf. E 2200 Wien 9/1.*

3. *La motion Jäger, datée du 13 décembre 1918, a été débattue au Conseil National le 18 décembre 1918 et était ainsi libellée: Der Bundesrat wird eingeladen, so schnell wie möglich Vorkehren zu treffen, um nach Möglichkeit dem Hungerelend in Wien Einhalt zu tun durch direkte Zuweisung von Lebensmitteln aus der Schweiz, sowie durch Anrufung der Hülfe von Seiten der Entente und Amerika.*

che Aktion, die ich schon in meinem Telegramm vom 5. Nov. anregte, könnte, wie ich damals bemerkte, ähnliche Tragweite haben wie 1870 die Intervention zu Gunsten des belagerten Strassburg. Beiliegend einige Zeitungsausschnitte mit Berichten und Interviews.

Hier will man (und muss man übrigens, weil man über keine ernst zu nehmende Macht verfügt) jedem bewaffneten Konflikt mit den Nachbarstaaten aus dem Wege gehen; man begnügt sich daher mit Protesten und Appellen an die Entente und die Neutralen und auf das Verlangen nach Schiedsgerichten, wie sie aus verschiedenen Ihnen zugestellten Noten des Staatsamtes für Äusseres entnehmen konnten. Im Innern herrschte bisher vollkommene Ruhe und ist keine Störung derselben einstweilen vorzusehen, wenn Kohle und Nahrungsmittel nicht ausbleiben; für den Januar oder Februar, bei oder nach den Wahlen zur Konstituante, mögen die Aussichten allerdings weniger günstig sein, sogar der stark links stehende sozialistische Minister des Äusseren Bauer sieht diesen Moment nicht ohne Missbehagen nahen. Von Bauer höre ich übrigens von verschiedenen Seiten, dass er mit den Bolschewikis liebäugle, was ich gerne glaube, ist er doch ein guter Freund Trotzki's, der seinerzeit bei ihm in Wien wohnte. Bauer soll unter anderm verhindern, dass eine ganze Anzahl bolschewistischer Agenten, die über grössere Geldsummen verfügen, aus Wien entfernt werden. Sie sollen sehr intensiv und zwar leider nicht ganz ohne Erfolg tätig sein. Neben Bauer ist auch der Unterstaatssekretär im Staatsamt für Heerwesen, Deutsch, nicht ungefährlich. Nicht nur die rote Garde sondern die ganze Volkswehr soll sehr zweifelhafte Elemente enthalten.

Andrerseits macht auch die Reaktion Anstrengungen und es ist nicht zu leugnen, dass der monarchische Gedanke bei den Bürgerlichen vielfach wieder auflebt, einstweilen vielleicht ohne bestimmtes Ziel, denn der arme Kaiser Karl hat so viel Ungeschicklichkeiten begangen, dass die wenigsten Leute an ihn als den zukünftigen Herrscher zu denken wagen. Einen Kandidaten nennt man aber einstweilen noch nicht – denn Erzherzog Eugen der am meisten Chancen hätte und beim Volke beliebt ist, weigert sich, sich dazu herzugeben. Auch der Gedanke an einen Anschluss an Deutschland hat Boden verloren, da man dabei den Ruin der Industrie und die Beteiligung an den deutschen Kriegsentschädigungen vorausieht. Speziell Wien wird, wenn es nicht mehr Kaiserstadt ist, viel verlieren, bei Grossdeutschland würde es zur Provinzstadt herabsinken. Vielverbreitet ist der Wunsch nach einer Donauländer-Föderation und ein sehr hoher, allerdings k.u.k. Beamter, bat mich sogar, bei Ihnen zu Handen der Entente diesem Gedanken Eingang zu verschaffen. Er sieht in einer solchen Föderation nicht nur eine Garantie für die Existenz der früheren Länder der Doppelmonarchie, sondern auch die einzige Gewähr dafür, dass aus ihnen nicht ein neuer Balkan werde. Masaryk hat ja auch schon für eine, wenigstens ökonomische, Annäherung gesprochen und auf die Jugoslawen setzt man, angesichts ihres Konfliktes mit Italien, immer noch einige Hoffnung. Von der gleichen Seite wurde mir versichert, dass in Preussisch-Schlesien eine Bewegung sich geltend mache, welche den Wiederanschluss an das frühere Vaterland suche, was wohl nur beim Bestehen eines Donau-Bundesstaates oder mindestens eines Staatenbundes denkbar wäre.

Aus Ungarn sind die Nachrichten sehr wenig erfreulich. Bekanntlich besteht dort kein Parlament mehr, sondern es regiert der von der Strasse ernannte Nationalrat, in dessen 20 köpfigem Vollzugsausschuss nicht weniger denn 12 sozialistische Juden sitzen. Die 300000 beinahe ausschliesslich sozialistischen Fabrikarbeiter von Budapest und Umgebung führen ein dem Terrorismus sehr nahe verwandtes Regiment. Man ist auf noch Schlimmeres gefasst, und die Regierung wankt. Aus der Anfrage unseres General-Konsulates in Budapest wissen Sie, dass der Staatssekretär des Äussern, Diner-Denes (Sozialist), sich in Mission nach Bern begeben sollte. Graf Michael Karolyi, höre ich, habe beabsichtigt, ihn dann dort als Gesandten zu belassen und ihn so los zu werden. Jetzt, wo er die Absicht gemerkt habe, wolle Diner-Denes nicht mehr gehen (offiziell ist mir dieser Verzicht aber nicht notifiziert worden). Andererseits wiederum hörte ich kürzlich, Karolyi wolle selbst in die Schweiz kommen und mit seinen alten Freunden aus Paris Fühlung zu nehmen trachten, dies könnte auch eine Art Flucht werden. Heute endlich wurde ich von einem gewesenen Minister des Äussern vor der Gräfin Karolyi, der Frau des Michael, gewarnt, die in die Schweiz zu kommen beabsichtige. Sie sei eine höchst exaltierte, in ihren Ansichten extreme und für uns sicherlich unerwünschte Persönlichkeit, noch unerwünschter als ihr Mann. Von anderer Seite wurde sie mir geradezu als Bolschewistin bezeichnet; freilich fängt man an, auch mit dieser Bezeichnung Missbrauch zu treiben.

21. Dezember 1918⁴

Nicht uninteressant sind folgende Mitteilungen des Direktors des Arbeiter Konsumvereines Drobitz an seinen uns bekannten Arzt (seinerzeit einer der Gewährs-Männer des deutschen Botschafter Tschirschky). Der Medizinalrat stellt sie uns konfidenziell zur Verfügung:

«Es sind russische Agenten in Wien, und zwar vor allem aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Österreicher, die von der Sovietregierung instruiert und mit hohen Geldsummen versehen sind. Den Einflüssen dieser Agenten sind allerhöchstens 10% der sozialistischen Partei zugänglich. Die radikale Richtung der Wiener Arbeiterschaft unter der Führung der Frau Frey-Friedländer rekrutiert sich interessanterweise hauptsächlich aus hier ansässigen Tschechen. Bei diesen ist der Zusammenhang mit dem Soviet stark. Bei den Führern der Partei und den jetzigen Regenten ist folgendes zu konstatieren: Keiner wünscht den Terror; am meisten rechts steht Renner; Seitz ist viel gemässiger als noch vor Wochen; Bauer ist sehr ehrgeizig, etwas schillernd, Trozkis Freund, würde eventuell mit einem Druck durch die Massen wirken; Deutsch (Heerwesen) ist unpraktisch idealistisch und einseitig, er untergräbt die Autorität im Heer und schafft aus der Volkswehr durch hohen Sold eine Stätte für Arbeitsscheue; die Rote Garde ist neuerdings politisch gespalten; in der Rossauerkaserne befindet sich die gemässigte Richtung, in der Stiftskaserne die extreme Richtung. Die neunzig Prozent der hiesigen Sozialisten aber neigen weder zum Kommunismus noch zur ra-

4. A partir du 21 décembre, le texte comporte des corrections manuscrites de C.J. Burckhardt.

schen Sozialisierung. Die Partei weiss, dass die bürgerliche Richtung und die Bauern das Übergewicht haben. Man erwartet für die Wahlen eine christlich-soziale Mehrheit, sowie eine sehr starke Zahl von Parteilosen. Der rechte Flügel des Sozialismus ist eigentlich linksdemokratisch, er wünscht den Anschluss an Deutschland ebenso wenig als die Bürgerlichen und der Adel; dieser Anschluss wurde proklamiert unter dem Druck der Verhältnisse, als Deutsch-Österreich plötzlich von allen Staaten der früheren Monarchie preisgegeben, isoliert, von Tschechen und Ungarn aufs brutalste behandelt wurde. Gewünscht wurde der Anschluss und er wird gewünscht vom gemässigten linken und vom radikalen Flügel des Sozialismus (etwa 40% der Partei); diese erwarten in Deutschland einen Rückhalt für ihre Bestrebungen zu finden. Der Punkt in dem die ganze Partei einig ist, für den sie kämpfen würde wie ein Mann und blutige Auseinandersetzung nicht scheuen würde ist die Verhinderung einer Rückkehr der Monarchie um jeden Preis. Je mehr nämlich hier, vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen der Gedanke an eine Donau-Föderation an Boden gewinnt, um so mehr sympatisieren die Bürgerlichen mit dem Gedanken einer repräsentativen Monarchie, welche die verschiedenen Bundesglieder bindet, einer Personal-Union unter dem Zeppter der Habsburg, deren durch Jahrhunderte gewordenenes Prestige in der Volkspsyche immer noch lebendig ist. Der Kaiser wird von den Intellektuellen als Persönlichkeit jetzt gering eingeschätzt, die Kaiserin, überhaupt das Haus Parma und die romantischen Pläne, die ihm zugesprochen werden, sind fast durchgehend unbeliebt, ja verhasst, aber es lebt vor allem bei den Frauen aller Schichten eine noch sehr lebendige Anhänglichkeit an die Person des jungen Monarchen, die politisch nicht zu unterschätzen ist. Für eine prinzipielle Wiedereinsetzung der Monarchie, ohne spezielle Wünsche die Person des Herrschers betreffend, ist eigentlich die ganze Gesellschaft, das heisst der ganze hohe und niedere Adel, die begüterte Bourgeoisie, die frühere Bürokratie, die Offiziere mit Ausnahme eines Grossteils der Marine, welche die Auslieferung der Flotte an die Südslaven dem Kaiser äusserst verübelte. Die Sozialisten standen bei Regierungsantritt des jungen Kaisers auf dem Standpunkt, mit dem Mann sei zu arbeiten, sie sind aber bitter enttäuscht worden.

Was die jetzt führenden Kreise wünschen, sind klare Direktiven über die Intentionen der Entente. Jetzt arbeitet man ohne Kurs; um Positives leisten zu können, muss man wissen, ob es nach Osten oder nach Westen geht. Die Deutschnationalen und auch viele Sozialisten sind in ihrer Liebe zu Deutschland sehr abgekühlt worden, durch die italienischen Presswünsche, die Deutsch-Österreich in die Arme Deutschlands schicken wollen, um ein für alle Mal den mächtigen Nachbar Österreich-Ungarn los zu sein. Es liegt in der Weise, wie die Entente Deutsch-Österreich behandeln wird, die Entscheidung, ob eine sozialistische oder eine bürgerliche zur Monarchie zurücktendierende Republik entstehen soll [!]. Deutsch-Österreich kann zu einem Wall gegen extreme Richtungen, es kann auch zum Einfallstor dieser Tendenzen nach Europa werden. Eine allzu starke Unterstützung der tschechischen Aspiration, Besetzungen durch tschechische Truppen unter Entente Führung etc., könnten die Bevölkerung hier zum Äussersten treiben.

Nach den Abstimmungen wird die Regierung wohl ein anderes Gepräge haben, Bauern und höhere Klassen sagen, sie wollen nicht länger von einer ‚jüdischen Kaffeehausgesellschaft‘ regiert sein. Es ist übrigens auffallend, dass gerade der kommunistische Flügel hauptsächlich von Semiten geführt wird.

Was die viel besprochene Unterstützung der Arbeitslosigkeit betrifft, verhält sich die Sache so, es werden allerdings eines Teils grosse Unterstützungen von der Partei an Arbeitslose bezahlt und auf der andern Seite werden vergeblich in weitem Masse Arbeitskräfte gesucht [!]. Diese Kräfte werden aber für [die] schweren Kohlen- und Erdarbeiten beansprucht, und die Arbeitslosen sind meistens Industriearbeiter. Das Schärferwerden der Arbeiterzeitung in letzter Zeit ist kein gefährliches Symptom, und hat nur den persönlichen Grund, dass der Redakteur Austerlitz nicht in den Nationalrat gewählt wurde.»